

Tunisian Lawyer Sentenced to Prison for Criticizing President Ahead of Election

Prominente Kritikerin des tunesischen Präsidenten zu einem Jahr Haft verurteilt - erfahren Sie hier aktuelle Details zu dem Fall. Opponents express concerns over targeting of critical voices ahead of upcoming elections auf.

Tunesisches Gericht verurteilt prominenten Kritiker des Präsidenten

In einer Entscheidung, die die Bedenken der Opposition verstärkt, dass kritische Stimmen weiterhin vor der Präsidentschaftswahl am 6. Oktober ins Visier genommen werden, wurde die prominente tunesische Anwältin Sonia Dahmani zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wie ihr Rechtsvertreter am Samstag bekannt gab.

Dahmani wurde im Mai verhaftet, nachdem sie in einer Fernsehsendung gesagt hatte, dass Tunesien ein Land sei, in dem das Leben nicht angenehm sei.

Die oppositionellen Parteien, von denen viele Führer im Gefängnis sitzen, werfen der Regierung von Saied Druck auf die Justiz vor, um seine Wahlrivalen ins Visier zu nehmen.

Einige potenzielle Kandidaten, darunter Safi Saeed, Mondher Znaidi, Nizar Chaari und Abd Ellatif Mekki, sehen sich strafrechtlicher Verfolgung wegen angeblicher Vergehen wie Betrug und Geldwäsche ausgesetzt.

Rached Ghannouchi, ein scharfer Kritiker von Saied und Vorsitzender der Oppositionspartei Ennahda, wurde letztes Jahr wegen Anstiftung gegen die Polizei und Verschwörung gegen die Staatssicherheit inhaftiert.

Lotfi Mraïhi, Parteiführer der Oppositionspartei Republikanische Union, der seine Absicht angekündigt hat, bei der Präsidentschaftswahl anzutreten, wurde am Mittwoch wegen des Verdachts der Geldwäsche verhaftet.

Abir Moussi, die Vorsitzende der Freien Verfassungspartei und eine prominente Kandidatin, sitzt seit Oktober 2023 wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Gefängnis.

Die oppositionellen Parteien sagen, dass faire und glaubwürdige Wahlen nicht abgehalten werden können, es sei denn, inhaftierte Politiker werden freigelassen und die Medien dürfen ohne Druck von der Regierung arbeiten.

Der Rentner Saied, der 2019 zum Präsidenten gewählt wurde, hat seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit noch nicht offiziell angekündigt. Im vergangenen Jahr sagte er, er werde die Macht nicht an das, was er als Unvaterlandliche bezeichnete, übergeben.

Im Jahr 2021 löste Saied das Parlament auf und begann, per Dekret zu regieren, was von der Opposition als Staatsstreich bezeichnet wurde. Saied sagte, seine Maßnahmen seien legal und notwendig, um Jahre der grassierenden Korruption unter der politischen Elite zu beenden.

(Berichterstattung von Tarek Amara)

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de